

Newsletter Dezember 2013

Liebe Leserinnen und Leser

Dieser Newsletter erscheint am 9. Dezember, dem internationalen Anti-Korruptionstag.

Der Korruptionswahrnehmungsindex hat gezeigt, dass Korruption im öffentlichen Sektor weltweit als ernstes Problem wahrgenommen wird. Über zwei Drittel der 177 Länder aus dem Index von 2013 erzielten auf einer Skala von 0 (als sehr korrupt wahrgenommen) bis 100 (als korruptionsfrei wahrgenommen) weniger als 50 Punkte.

Die Schweiz liegt auf Platz 7 und verliert gegenüber dem Vorjahr einen Punkt. Obwohl die Schweiz international gut abschneidet, gibt es Bereiche, in denen keinerlei Fortschritte erreicht wurden. Denken wir an die Politikfinanzierung oder den Whistleblowerschutz. Bei diesen Themen kommt man in unserem Land definitiv nur schleppend voran und die öffentliche Diskussion steckt noch in den Kinderschuhen. Gewisse Bereiche des öffentlichen Sektors bleiben zudem besonders exponiert, wie beispielsweise das Beschaffungswesen, das Baugewerbe und die Polizei. Eine andere Baustelle ist die Korruption im Privatsektor. Dort bleibt noch viel zu tun, auch wenn die Revision der gesetzlichen Bestimmungen auf gutem Weg ist.

Die Schweizer Regierung hat diesen Sommer ein neues Gesetzesprojekt zur Sperrung, Einziehung und Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte politisch exponierter Personen ausgearbeitet (SRVG). Diese Vorlage, welche die bestehende Praxis konsolidiert, ist ein grosser Schritt nach vorne. Wir haben die Gelegenheit ergriffen, die Frage der Potentatengelder in beiliegendem Dossier zu erörtern.

Dieses Jahr feiert Transparency International sein 20-jähriges Jubiläum. Als die Organisation 1993 in Berlin gegründet wurde, wurde in keinem Land ausser in den Vereinigten Staaten die Bestechung ausländischer Amtsträger verfolgt, obwohl diese weit verbreitet war. In 20 Jahren hat sich Korruption von einem Tabu zu einem Thema entwickelt, das in internationalen Abkommen, Rechtssystemen, Verwaltungen, Unternehmen sowie in den Medien behandelt wird.

Die Lage in der Schweiz diskutieren wir in unserer aktuellsten Publikation „Korruption und Korruptionsbekämpfung in der Schweiz. Eine Übersicht von Transparency International Schweiz“. Wir behandeln verschiedene Facetten der Korruption in den exponiertesten Bereichen und nennen zahlreiche aktuelle Beispiele.

Wir möchten uns an dieser Stelle bei all denjenigen Personen und Organisationen bedanken, die Transparency International Schweiz unterstützen. Sei dies mit persönlichem Engagement, Wissen, einer Mitgliedschaft, grossen und kleinen Spenden oder mit ihrem Interesse an der Korruptionsprävention. Dank ihrer Unterstützung wurden seit der Gründung von TI 1993 in Berlin sowohl in der Schweiz als auch im Ausland wichtige Fortschritte erzielt.

Liebe Leserinnen und Leser, wir bedanken uns sehr herzlich für Ihre Unterstützung. Wir wünschen Ihnen gute Lektüre, frohe Festtage und einen guten Jahresbeginn.

Transparency International Schweiz

Delphine Centlivres, Geschäftsführerin

Dossier: Potentatengelder und die Schweiz

Unrechtmässig erworbene Vermögenswerte politisch exponierter Personen landen oftmals in den internationalen Finanzzentren, auch in der Schweiz. Einerseits fehlen die Gelder im Herkunftsland beispielsweise für Infrastruktur-, Gesundheits- und Bildungsprojekte, andererseits machen sie die Schweiz moralisch und politisch angreifbar. Dies schränkt ihren Handlungsspielraum ein. Die Schweiz ergänzt ihre Gesetzgebung im Sinne einer effizienten Sperrung, Einziehung und Rückführung der Potentatengelder, es wird aber viel von deren Umsetzung abhängen.

Lesen Sie das Dossier zum Thema:

- [Potentatengelder und die Schweiz](#)
- [„Die Finanzzentren tun gut daran, die Lebensverhältnisse in Schwellen- und Entwicklungsländern besser zu verstehen.“ - Interview mit Daniel Thelesklaf](#)

Das Dossier wurde von Sara Meier, Praktikantin bei TI Schweiz und Christian Lundsgaard-Hansen, Zivildienstleistender bei TI Schweiz, verfasst.

Aktuelles

Corruption Perceptions Index

Der CPI 2013 zeigt, dass Machtmissbrauch, verborgene Machenschaften und Bestechung weiterhin verheerende Auswirkungen auf Gesellschaften in der ganzen Welt haben. Auch in der Schweiz existieren im öffentlichen Sektor korruptionsanfällige Bereiche; der 7. Platz auf der Rangliste soll nicht zu verkürzten Schlussfolgerungen führen.

Whistleblowing

Der Bundesrat will gesetzlich festlegen, unter welchen Voraussetzungen eine Meldung von Arbeitnehmenden, die auf Unregelmässigkeiten am Arbeitsplatz hinweisen (sog. Whistleblower), rechtmässig ist und hat am 20. November die Botschaft zur Teilrevision des Obligationenrechts verabschiedet. Der Bundesrat verzichtet auf einen umfassenden Schutz im Falle einer Kündigung nach einer rechtmässigen Meldung.

Transparency International Schweiz sieht im Vorschlag des Bundesrats keinen besseren Schutz der Whistleblower, sondern lediglich eine Zementierung des Status quo. Nach wie vor machen sich Arbeitnehmer strafbar, wenn sie Straftaten und Verstösse gegen das öffentliche Recht an eine Behörde melden, da diese externe Meldung nur zulässig ist, wenn der Arbeitgeber sie nicht mit einem internen Meldesystem behandelt. Es ist unverständlich, dass Offizialdelikte, welche gegen das öffentliche Interesse verstossen, sich den privaten Interessen des Arbeitgebers unterordnen. Hinzu kommt, dass sechs Monatslöhne unter Umständen nicht genug sind, wenn jemand seine Stelle nach einer rechtmässigen Meldung verliert. Ein Whistleblower kann das ganze Leben unter die Folgen leiden. Diese Einschränkungen bremsen die Möglichkeit des Whistleblowing erheblich, obwohl über 40% der Wirtschaftsdelikte erst aufgrund interner Hinweise aufgedeckt werden.

Siehe auch Dossier Whistleblowing von TI Schweiz

oder Medienmitteilung des Bundesrates vom 20. November 2013

Die Schweiz als ungenügend beurteilt

Die GRECO (Groupe d'Etats contre la Corruption) beurteilt die Bemühungen der Schweiz zur Umsetzung ihrer Empfehlungen als gesamthaft ungenügend. Die Gruppe hat am 21.

November ihren Bericht zum Länderexamen veröffentlicht und kritisiert vor allem mangelnde Schritte zur Einführung von Transparenz bei der Parteienfinanzierung. Im Bereich der Privatbestechung hingegen erachtet sie die Vernehmlassungsvorlage des Bundesrats als Schritt in die richtige Richtung.

Die Forderungen von Transparency International Schweiz zielen in dieselbe Richtung. Die Organisation fordert seit langem klare Regelungen bei der Politikfinanzierung. Auch im Vernehmlassungsverfahren zur Privatbestechung diesen Frühsommer hatte sich TI Schweiz geäußert und verlangt, dass die Privatbestechung von Amtes wegen verfolgt werde. Anders als die GRECO kritisiert TI Schweiz an der Vernehmlassungsvorlage aber, dass auf strafrechtliche Konsequenzen für einen Sportverband verzichtet werden soll.

Siehe Bundesamt für Justiz

Annual membership meeting

Das jährliche Treffen aller TI Sektionen und des internationalen Sekretariats fand dieses Jahr am Hauptsitz unserer Organisation in Berlin statt. Das Treffen findet jedes zweite Jahr in einem Land statt, in dem TI aktiv ist (2012 in Brasilia), das andere Jahr in Berlin.

EXPOSED

Jedes Jahr gehen weltweit 1'000 Milliarden Dollar durch Korruption verloren. Wir alle sind davon betroffen, aber am meisten leiden die Ärmsten darunter. Das Geld fehlt für Bildung, Nahrung und medizinische Versorgung. Die internationale Kampagne EXPOSED sammelt Unterschriften, um die Staats- und Regierungschefs am G20 Gipfel 2014 dazu zu bewegen, wirksame Massnahmen gegen Korruption einzuleiten.

Publikationen

Korruption und Korruptionsbekämpfung in der Schweiz. Eine Übersicht von Transparency International Schweiz

Wie tritt Korruption in der Schweiz auf? Was kann dagegen unternommen werden? Und welche Rolle spielt dabei Transparency International und ihre Schweizer Sektion?

Auf diese Fragen finden Sie die Antworten in unserer neusten Publikation. Diese widmet sich dem Korruptionsbegriff im Allgemeinen und erläutert den Umgang der Schweiz mit dem Phänomen. Die rechtlichen Grundlagen werden ebenso behandelt wie auch verschiedene Themenbereiche, die in Bezug auf Korruption in der Schweiz bedeutsam sind. Aktuelle Beispiele ergänzen die Beschreibung: vom Informatikprojekt „Insieme“ zum Präzedenzfall Alstom, von Veruntreuungen durch Hilfswerke bis zu Wettskandalen – lesen Sie unsere anschaulichen Fälle.

Die Publikation ist eine aktualisierte und ergänzte Neuauflage der 2003 erschienenen und von Othmar Hafner verfassten Überblicksdarstellung. Sie finden die Broschüre auf unserer Website. Unter info@transparency.ch können Sie eine Printversion bestellen.

Wir wünschen gute Lektüre!

Global corruption Report: Education

Der Global Corruption Report von Transparency International ist das publizistische Aushängeschild der Organisation, verbindet er doch spezifisches Fachwissen mit einem bestimmten Korruptionsthema oder Bereich. In über 70 Artikeln kommen ausgewiesene Anti-Korruptionsexperten zu Wort.

Der diesjährige Global Corruption Report ist der Bildung gewidmet und zeigt verschiedene damit verbundene Korruptionsformen auf. So erschwert Korruption nicht nur den Zugang zu Bildung, sondern beeinflusst ebenso die Qualität und Glaubwürdigkeit der Forschung. Von Korruption bei Beschaffungen in Schulen über Nepotismus bei Anstellungen, vom Kauf und Verkauf von akademischen Titeln zu gefälschten Forschungsergebnissen; Korruption kann auf allen Ebenen des Bildungssystems auftreten. Gleichzeitig wirkt Bildung als wichtiges Instrument einer effektiven Korruptionsbekämpfung.

Exporting Corruption Progress Report 2013: Assessing Enforcement of the OECD Convention on Combating Foreign Bribery

Transparency International publiziert jährlich den Bericht über die Umsetzung der OECD Konvention über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr in allen 40 Staaten, welche die Konvention angenommen hatten.

Zusammen mit Grossbritannien, den USA und Deutschland gehört die Schweiz zu den Ländern, welche die Konvention aktiv umsetzen, während in rund 20 Ländern die Konvention wenig oder gar nicht umgesetzt wird. Im Länderbericht der Schweiz wird erwähnt, dass in letzter Zeit hierzulande die Ressourcen gestärkt wurden, um Bestechung ausländischer Amtsträger zu verfolgen und Präventions-mechanismen zu stärken. Nach wie vor bestehen aber Lücken: einerseits muss der Whistleblowerschutz gestärkt und eine entsprechende Gesetzgebung verabschiedet werden, andererseits müssen statistische Daten aus den Kantonen besser erfasst und Angaben zu Gerichtsurteilen, Bestechungsgeldern und Verurteilungen offengelegt werden. Der Schweiz wird zudem nahegelegt, die internationale Kooperation zu verstärken.